

Rente mit 67 ist richtig



Die Ergebnisse des Berichts zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre führen die CDU-Landesgruppe NRW zu der Einschätzung, an der beschlossenen Anhebung der Regelaltersgrenze festzuhalten. Die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittalters ist notwendig.

Die Anhebung dient der Sicherung des Wohlstands, gewährleistet die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Diese Einschätzung der Bundesregierung fußt insbesondere auf folgenden Entwicklungen:

- Der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich fundamental verändern. Bis zum Jahr 2030 werden viele der geburtenstarken Jahrgänge („Baby-Boomer-Generation“) in den Ruhestand gehen. Die Zahl der 20- bis 64-Jährigen wird aus diesem Grund bis dahin um über sechs Millionen sinken, während die Zahl der 65-Jährigen und Älteren um rund 5,5 Millionen zunehmen wird. Das zahlenmäßige Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen wird bei eins zu zwei Personen liegen. Heute beträgt es eins zu drei.
- Bis zum Jahr 2030 werden Männer im Alter von 65 Jahren im Durchschnitt deutlich über 19 und Frauen fast 23 weitere Lebensjahre erwarten können. Im Vergleich zu heute entspricht dies einem Gewinn von gut zwei Jahren. Neben der steigenden Lebenserwartung nimmt auch die Zahl der beschwerdefreien Lebensjahre zu. Ferner hat sich die soziale Integration und Teilhabe der Älteren in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Die Alten sind heute jung wie nie.
- Aufgrund der Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre kann der Beitragssatz zur Rentenversicherung im Jahr 2030 für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler um 0,5 Prozentpunkte geringer und das Sicherungsniveau für die Rentnerinnen und Rentner um 0,6 Prozentpunkte höher ausfallen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung droht ein Arbeitskräftemangel, der je nach Branche, Qualifikation und Region unterschiedlich ausfallen wird. Älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird im Erwerbsleben deshalb eine wachsende Bedeutung zukommen. Eine entsprechend positive Entwicklung zeigt sich bereits heute bei der Arbeitsmarktbeteiligung Älterer. Die Zahl der Erwerbstätigen im Alter zwischen 55 und unter 65 Jahren ist in den letzten fünf Jahren um rund eine Million gestiegen. Die Erwerbstätigenquote der Personen im Alter zwischen 60 und unter 65 Jahren hat sich von rund 20 Prozent im Jahr 2000 bis 2009 nahezu verdoppelt und liegt nach aktuellen Daten von EUROSTAT im zweiten Quartal 2010 bereits bei 41,1 Prozent.



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

das Bundeskabinett hat in dieser Woche den Umweltbericht 2010 verabschiedet. Er ist eine Bilanz unserer umweltpolitischen Erfolge: Wir haben ein Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung vorgelegt. Deutschland ist es gelungen, unser im Kyoto-Protokoll international vereinbartes Ziel der Treibhausgasreduktion (minus 21% 2010 gegenüber 1990) nach dem derzeitigen Stand überzuerfüllen (Ende 2009 minus 28,7% gegenüber 1990). Zehn Jahre nach der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beträgt deren Anteil am gesamten Endenergieverbrauch erstmals mehr als 10%. In diesem Bereich sind direkt und indirekt rund 340.000 Menschen beschäftigt. Der Wasserverbrauch in Industrie und Haushalten konnte in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt werden. Deutliche Verbesserungen gibt es zudem im Bereich der Luftreinhaltung, des Gewässerschutzes und damit auch der Trinkwasserqualität. Allein 100.000 ha gesamtstaatlich repräsentativer Naturschutzflächen des Bundes wurden bis 2009 als Nationales Naturerbe gesichert. Die Energieeffizienz der Kraftfahrzeuge verbessert sich seit Jahren. Ein wesentlicher Impuls für diese Entwicklung kam dabei vom Gesetzgeber. Diese Bilanz lässt sich trotz vieler weiter bestehender Herausforderungen sehen: Deutschland liegt in Sachen positiver Umweltpolitik in der Weltspitzengruppe und wird diese Position weiter ausbauen!

Diese und weitere Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Fraktionsübergreifendes Gespräch zur Präimplantationsdiagnostik
- Gespräch der Landesgruppe NRW mit Oberbürgermeistern zur Finanzsituation der Städte und Gemeinden
- 6. Deutscher Luftverkehrskongress mit Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer
- Treffen mit Bundesministerin Ilse Aigner MdB
- Öffentliche Anhörung zum Thema „Kommunen die Einrichtung von Carsharing-Stellplätzen ermöglichen“
- Teilnahme am ADAC-Expertengespräch zur Infrastrukturfinanzierung

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters
Ihr

Reinhold Sendker MdB



Roland Jahn – ein Kandidat für das ganze Parlament

Roland Jahn hat die Fähigkeiten, die überzeugende und erfolgreiche Tätigkeit von Marianne Birthler und Joachim Gauck fortzusetzen

Heute hat das Bundeskabinett Roland Jahn als neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagenbehörde vorgeschlagen. Dazu erklärt die zuständige Berichterstatterin, Beatrix Philipp MdB:

„Wir begrüßen den Vorschlag des Bundeskabinetts, Roland Jahn, einen DDR-Bürgerrechtler mit West-Biographie, dem Deutschen Bundestag als neuen Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zur Wahl vorzuschlagen. Der 57jährige Journalist, in leitender Funktion tätig, garantiert durch seinen unerschrockenen Einsatz als Bürgerrechtler höchste persönliche Glaubwürdigkeit, durch seine Medienkompetenz Unabhängigkeit und durch sein „fast geteiltes“ Leben in Ost- wie Westdeutschland ein vertieftes Bürgerverständnis für das gesamte Land. Mit diesen Voraussetzungen könnte er der spezifischen Aufgabenstellung gerecht werden, nämlich die BStU aus einer eher ostdeutsch zugeordneten Behörde zu einer gesamtdeutschen Einrichtung zu machen.“

Roland Jahn hat die Fähigkeiten, die überzeugende und erfolgreiche Tätigkeit der beiden bisherigen Behördenleiter, Marianne Birthler und Joachim Gauck, fortzusetzen. Hilfreich wird für die zukünftige Tätigkeit sein, dass die christlich-liberale Koalition derzeit eine parlamentarische Initiative mit den anderen Bundestagsfraktionen diskutiert, die Überprüfungsfristen im Stasiunterlagengesetz bis zum Jahr 2019 zu verlängern, um damit auch in Zukunft den Opfern der Stasi gerecht werden zu können.“

Hintergrund:

Die Wahl des neuen Behördenchefs wird Anfang 2011 erfolgen, da die Amtszeit von Marianne Birthler im März 2011 zu Ende geht.

Arbeitslosenzahl sinkt auf 2,9 Millionen

Zum zweiten Mal in diesem Jahr liegt die Arbeitslosenzahl unter drei Millionen. Die Zahl fiel gegenüber dem Vormonat um weitere 14.000 auf 2,931 Millionen. Möglich wird das durch die gute Konjunktur, in der mehr Arbeitskräfte nachgefragt werden.

Im Vorjahresvergleich sind jetzt 284.000 Arbeitslose weniger gemeldet. Die Arbeitslosenquote liegt unverändert bei sieben Prozent. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben auch im November leicht abgenommen. Diese Entwicklung wird vor allem durch ein Plus an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung getragen.

Erfreulich entwickelt sich der Arbeitsmarkt bei den unter 25-Jährigen. Hier ist ein Rückgang um 15.400 gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr haben jetzt sogar 60.300 Jugendliche mehr Beschäftigung - ein Rückgang um fast 20 Prozent. Die speziellen Maßnahmen der BA für Jugendliche wie Programme, um Ausbildungen abzuschließen und die intensive Arbeit der Vermittler zeigen Wirkung.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren im September nach der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit 28,28 Millionen Menschen. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Zuwachs um 484.000. Dabei hat die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung im Vorjahresvergleich um 276.000 und die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung um 204.000 zugenommen.

Gemeldete offene Arbeitsstellen gab es im November 394.000. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Anstieg von 104.000. Von den gemeldeten Arbeitsstellen waren 90 Prozent sofort zu besetzen. Im saisonbereinigten Vormonatsvergleich haben die Stellenmeldungen im November auf hohem Niveau um 7.000 zugenommen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 20/2010
25. November 2010

Landesgruppe NRW

der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421
Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:

Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

Internet:

www.
cdu-landesgruppe-nrw.de